

VENEZUELA

Gewerkschaftsmonitor

Oktober 2025

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Seit 2013 wird Venezuela von Nicolás Maduro von der sozialistischen Einheitspartei Partido Socialista Unido de Venezuela (PSUV) regiert. Die Partei wurde von seinem Vorgänger Hugo Chávez mitbegründet, der das Land von 1998 bis zu seinem Tod 2013 regierte. Unter ihm wurde mit einer neuen Verfassung die Bolivarische Republik (sogenannte Fünfte Republik) etabliert und ein »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« als Grundlage einer demokratisch-partizipativen Transformation gelegt. In der Praxis wurde das politische System unter Chávez und Maduro jedoch repressiver, sodass das Land mittlerweile autoritär regiert wird. Dies manifestierte sich in den Präsidentschaftswahlen vom 28. Juli 2024, bei denen es der Opposition gelang, ihren eindeutigen Wahlsieg nachzuweisen, was von der Obersten Wahlbehörde ignoriert wurde. Ohne Nachweise für seinen vermeintlichen Sieg vorzulegen, trat Nicolas Maduro am 10. Januar 2025 eine weitere Amtsperiode an. Eine Besonderheit der Präsidentschaftswahlen von 2024 war, dass auch »sectores populares«, also Menschen mit geringem Einkommen, die meist in den informellen Vierteln von Städten und Gemeinden leben, offen gegen Maduro stimmten und an den Protesten der Opposition teilnahmen. Neben politischen Gegner_innen sind es auch diese Menschen, die besonders unter den willkürlichen Verhaftungen und Folter zu leiden haben, die nach dem Wahltag massiv zunahmen.

Die politische Opposition hatte es für die Wahlen 2024 geschafft, sich in einem Bündnis hinter den Führungspersonen María Corina Machado und Edmundo Gonzalez Urrutia zu versammeln. So beachtlich die Leistung der »Plataforma Unida Democrática« war, so war die Führungsspitze allein auf einen Wahlsieg konzentriert. Eine dauerhafte Allianz mit Absprachen über verschiedene Szenarien, Grundlagen für einen ggf. zweiten Anlauf bei den Parlaments- und Regionalwahlen 2025 oder ähnliches, gab es nicht. Das führte unweigerlich zum Zerfall des Bündnisses. Die einzelnen politi-

schen Parteien positionieren sich derzeit neu und suchen Wege für die Zukunft. Die Zivilgesellschaft, besonders rund um die Forderung der Freilassung der politischen Gefangenen, artikuliert sich laut und hat einen starken Rückhalt in der Bevölkerung.

Es zeigt sich, dass sich das Regime nur noch durch Repression an der Macht halten kann. Daran haben auch die von den USA seit 2018 verhängten strengen Wirtschafts- und Finanzsanktionen nichts geändert. Sie haben das Regime vielmehr weiter in die Arme seiner vermeintlichen Verbündeten Kuba, China, Russland, Iran und die Türkei getrieben. Diese Allianzen sind allerdings klar auf Eigeninteressen wie Absatzmarkt für eigene Produkte, Zugang zu natürlichen Ressourcen oder Abstimmungsverhalten in internationalen Gremien fokussiert. Dauerhafte verlässliche Partnerschaften sind daraus bislang nicht entstanden. Wie weit die Partnerschaft geht, kann man an dem Wunsch Venezuelas zur Aufnahme in die BRICS-Gruppe ablesen: Die Aufnahme wurde von den Mitgliedern abgelehnt. Verhandlungsbemühungen zwischen der Regierung Maduros und dem Oppositionsbündnis im Vorfeld der Wahlen in Doha – mit dem daraus resultierenden Barbados-Abkommen, das bei der Durchführung fairer und freier Wahlen dauerhaft eine Lockerung der Sanktionen durch die USA (und anderer) in Aussicht stellte –, sind mit der Nicht-Anerkennung des Ergebnisses ins Leere gelaufen. Bilaterale Verhandlungsangebote von Kolumbien und Brasilien nach der Wahl wurden nicht aufgegriffen: Venezuela isoliert sich auf dem Kontinent und darüber hinaus immer mehr.

Die Arbeits(markt)politik beschränkt sich auf die Definition (Erhöhung) von Abgaben, Steuern und der Bestimmung des Mindestlohns. Der Mindestlohn liegt bei 1,5 US-Dollar Grundgehalt plus 160 US-Dollar im Monat, die sich aus zwei Boni zusammensetzen. Er ist damit der niedrigste in Lateinamerika. Diese »Bonifizierung« der Gehälter wird von den Gewerkschaften immer wieder kritisiert, da die Boni zwar regelmäßig erhöht werden, das Grundgehalt aber, welches Auswirkungen auf Rente, Abfindungen oder Urlaub hat, unangetastet bleibt. 2024 wurde außerdem eine Pensionssteu-

er von neun Prozent für Unternehmen mit dem Ziel eingeführt, einen Fond zu schaffen, der die Renten aufbessern sollte. Die Renten haben sich allerdings nicht erhöht. 2017 ging aus der Fusion verschiedener staatlicher Förderprogramme (Misiones) die »Gran Misión Chamba Juvenil« hervor, ein zeitweise auch international unterstütztes Programm zur beruflichen Ausbildung und Schaffung von Arbeitsplätzen für junge Menschen bis 35 Jahre.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Die Wirtschaft ist im Vergleich zu den akuten Krisenjahren 2014–2016 relativ stabil, seit die Regierung den Wechselkurs freigegeben, den Dollar als inoffizielles Zahlungsmittel zugelassen und mit verschiedenen Maßnahmen die Privatwirtschaft dereguliert hat. Der zwischenzeitliche wirtschaftliche Aufschwung Anfang 2023 kam zum Erliegen. Versuche der Regierung, die Wirtschaft durch die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen nach chinesischem oder vietnamesischem Vorbild anzukurbeln, waren bisher nicht erfolgreich. Wirtschaftlich hat Venezuela die COVID-19-Pandemie glimpflich überstanden. Anfang 2025 stieg die Ölförderung erstmals wieder auf das Niveau von 2019. Das Wirtschaftswachstum beträgt 6,1 Prozent, das Bruttoinlandsprodukt ist um fünf Prozent gestiegen und steht damit im lateinamerikanischen Vergleich an zweiter Stelle (2024, Cepal/PNUD). Die moderat positiven Tendenzen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Infrastruktur – besonders der Ölindustrie aber auch der Elektrizitätskraftwerke – marode ist, was immer wieder zu Stromausfall und Unfällen führt. Der wichtigste Absatzmarkt für venezolanisches Öl (USA), steht nicht erst seit der Trump-Regierung in Frage. Durch die Sanktionen ist der Zugang zum US-amerikanischen Markt zumindest eingeschränkt. Ob sich zukünftig andere Märkte erschließen lassen, ist offen. Für Venezuela stellt sich grundsätzlich die Frage, ob und wieviel es in marode Förderanlagen investiert oder ob nicht die desolate Situation ein Anreiz sein kann, schrittweise den Energie-Mix zu diversifizieren. Zukunftsweisend sind privatwirtschaftliche Investitionen in Windenergie, wie sie Siemens Energy im Verbund mit der deutsch-venezolanischen Handelskammer an der Küste tätigt. Die Sanktionen der USA und der EU werden von der Regierung immer wieder als Grund für die schwierige Wirtschaftslage herangezogen. Der Kern und damit auch die Lösung des Übels liegen allerdings im Land selbst.

Die Inflation bleibt mit 26 Prozent hoch (2024, PNUD), befindet sich aber auf dem niedrigsten Stand seit 2013. Lebensmittel, Kleidung, Miete sind entsprechend teuer, die Löhne sind nicht auskömmlich. Selbst Lehrer_innen können nicht von ihrem Gehalt leben. Die arbeitende Bevölkerung hält sich mit mehreren Jobs über Wasser. Etwa 20 Prozent der arbeitenden Bevölkerung sind im öffentlichen Sektor angestellt, 22 Prozent im Privatsektor und 48 Prozent arbeiten selbstständig (ENCOVI 2023). Zwischen 2018–2023 ist jedes Jahr etwa eine Million Venezolaner_innen ausgewandert. Das bedeutet nicht nur einen Brain-Drain für das Land, sondern auch zurückgelassene Familienangehörige, die auf die Rücküberweisungen angewiesen sind und auf die Entfer-

nung versorgt werden müssen. Insbesondere der Dienstleistungssektor entwickelt sich dynamisch, er umfasst die Pflege von Kindern und Älteren, Reinigungskräfte, Transport, Geld-Transfer, Einzelhandel und Nahversorgung.

Verschiedene UN-Organisationen wie das Weltentwicklungsprogramm, UN Women, UNICEF oder die Internationale Organisation für Geflüchtete sind in Venezuela aktiv, ebenso humanitäre Organisationen wie Caritas. Ihre Arbeit ist besonders in den ländlichen und Grenzregionen des Landes notwendig, wo die wirtschaftliche und soziale Realität noch schwieriger ist als in der Hauptstadt Caracas. Diese Arbeit ist durch den Wechsel in der US-Regierung massiv gefährdet. Werden die Ankündigungen Trumps, sich aus internationalen Verpflichtungen zurückzuziehen, umgesetzt, wären die meisten Hilfsprogramme gefährdet, die überwiegend über die UN aber mit USA-amerikanischem Geld finanziert werden. Auch die Abschiebungen von venezolanischen Einwander_innen aus den USA nach Venezuela hat neben der humanitären eine wirtschaftliche Dimension: Sollte es wirklich zu Abschiebungen größeren Ausmaßes kommen – bislang waren es drei Flugzeuge (März 2025), hat das Auswirkungen auf die Rücküberweisungen, die wesentlich zum Unterhalt vieler Venezolaner_innen im Land beitragen. Nachdem im Januar 2025 die Förderlizenz noch stillschweigend verlängert wurde, kündigte zwei Monate später die US-Regierung überraschend den Ausstieg aus der Ölförderung in Venezuela an. Ein herber Schlag für die venezolanische Regierung, die sich nach einem ersten Treffen mit dem Sonderbeauftragten Richard Grenell noch positiv ob eines konstruktiven Verhältnisses mit den USA gezeigt hatte. Angesichts des unkalkulierbaren Agierens der Trump-Regierung muss abgewartet werden, ob diese Entscheidung schlussendlich umgesetzt wird.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

In der venezolanischen Verfassung von 1999 werden zahlreiche Arbeitnehmer_innenrechte garantiert, und auch das 2012 in Kraft getretene Gesetz zu den Arbeitsbeziehungen (LOTTT) erscheint auf den ersten Blick arbeitnehmer_innenfreundlich zu sein. Es beinhaltet u.a. die Verkürzung der Probezeit bis zur Festanstellung, den Wegfall von Kündigungsmöglichkeiten und die Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Mit dem Gesetz wurde allerdings auch die Gewerkschaftsfreiheit und -autonomie zugunsten staatlicher Interventionsmöglichkeiten beschnitten. Die Einführung der sogenannten Arbeiter_innenräte reduziert in der Praxis die Kompetenzen der Gewerkschaften. Über den nationalen Wahlrat Consejo Nacional de Elecciones und diverse Regulierungsmechanismen verfügt die Regierung zudem über wirksame Instrumente, gewerkschaftliche Versammlungen, Wahltermine oder Wahlergebnisse zu genehmigen, anzuerkennen oder zu negieren. Die repressiven Maßnahmen der Regierung behindern auch die Arbeit unabhängiger Gewerkschaften in Venezuela und haben zu ihrer Schwächung und Spaltung beigetragen. Neben politischen Gefangenen sitzen auch Gewerkschafter_innen für ihren Einsatz für Arbeitnehmer_innenrechte im Gefängnis. Davon liegen drei Fälle der Internationalen Arbeitsorganisation als Beschwerden vor. All dies, die Migra-

tion und der Rückgang der formellen Beschäftigung haben die Gewerkschaftsbewegung in Venezuela stark geschwächt. Sie ist der Arbeitgeberseite, die inzwischen zum Teil gute Arbeitskontakte mit der Regierung unter Maduro unterhält, hoffnungslos unterlegen, aber in Bezug auf die Forderung nach einem tripartiten Sozialdialog auch eine Verbündete.

Venezuela hat fast alle ILO-Kernarbeitsnormen ratifiziert. Seit Ende der 1990er Jahre hat in Venezuela kein sozialer Dialog mehr stattgefunden. Das ist einer von vielen Verstößen gegen die Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), die eine Untersuchungskommission der IAO im Jahr 2019 festgestellt hatte. Solche Untersuchungskommissionen sind sehr selten. In der Geschichte der IAO wurde dieses Instrument erst zwölf Mal eingesetzt. Um einem Ausschluss aus der Organisation vorzubeugen, hat die venezolanische Regierung Dreiparteienverhandlungen unter Aufsicht der IAO zugestimmt. Seit März 2022 haben vier Verhandlungen zu den Themen Gewerkschaftsfreiheit, gesetzlicher Mindestlohn und sozialer Dialog stattgefunden. Dieser vielversprechende Prozess kam zum Erliegen als im November 2023 eine ständige Präsenz der IAO in Caracas zum Nachhalten der Vereinbarungen eingerichtet werden sollte. Dies lehnte die venezolanische Regierung als Einmischung ab. Im März 2025 stand Venezuela mit den Verstößen gegen die Konventionen 26 (Mechanismus zur Festlegung des Mindestlohns), 87 (Recht auf gewerkschaftliche Organisation) und 144 (Tripartiter Sozialdialog) wieder auf der Tagesordnung der Generalversammlung der IAO. Sowohl die Arbeitgeberverbände FEDECAMARA und FEDEINDUSTRIA als auch der vertretende Gewerkschaftsdachverband CTASI kritisieren den Bericht der Regierung einmütig in ihren Stellungnahmen. Vertreter_innen sowohl der Arbeitgeber_innen, der Arbeitnehmer_innen als auch Regierungen (inkl. vermeintlich Verbündeter wie Kuba, China oder Iran) stimmten gemeinsam für eine »technische Unterstützung« in Form eines Entsandten der IAO nach Caracas. Ein weiteres Beispiel, wie sich Venezuela auf internationalem Parkett weiter isoliert.

Demonstrationen wie im Jahr 2023 als Lehrkräfte, andere Beschäftigte des öffentlichen Sektors und Rentner_innen für eine Erhöhung des Mindestlohnes auf die Straße gingen, haben sich nicht verstetigt. Allerdings haben sich Berufsgruppen teilweise erfolgreich gegen Maßnahmen, die ihre Einkünfte einschränkten, gewehrt: So protestierten Mitarbeitende der Transport- und Liefer-Plattformen Yummy (2023) gegen die Einführung eines Bezahlsystems, nachdem die Kundschaft hätte entscheiden können, wieviel ihr die Dienstleistung wert war. 2024 blockierten Fahrer der Plattform Rivery solange die Straßen der Stadt San Diego, bis die Regierung die geplante Einführung einer Steuer von einem Prozent pro Transportleistung zurücknahm. Dies geschah nach einem Treffen der wichtigsten Lieferplattformen Anfang des Jahres 2024 mit der Vize-Präsidentschaft wobei die Einsetzung einer gemeinsamen Arbeitsgruppen zu Arbeit und Sicherheit vereinbart wurde. Forderungen, die nicht mit massiven Blockaden einhergehen, bleiben allerdings ohne Folgen. Öffentlicher Protest konzentriert sich im Jahr 2025 auf die Menschenrechtslage und hier besonders auf die Situation der willkürlich verhafteten Personen.

GEWERKSCHAFTEN IN VENEZUELA – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Nach dem Ende der Diktatur von Juan Vicente Gómez 1936 begannen sich in Venezuela erste Gewerkschaften zu bilden, zunächst im Wesentlichen Betriebsgewerkschaften im Erdölsektor, die unter dem ersten Arbeitsgesetz in der Geschichte des Landes stark vom Staat kontrolliert wurden. Branchengewerkschaften waren verboten. Mit dem ersten demokratischen Anlauf Venezuelas wurde 1947 der Dachverband Confederación de Trabajadores de Venezuela (CTV) gegründet, der sich stark im Kampf gegen Venezuelas letzte Militärdiktatur engagierte. Nach einem Versuch, dieses Regime durch einen unbefristeten Generalstreik zu stürzen, wurde er 1948 verboten. 1958 nach dem Ende der Militärdiktatur sofort wieder gegründet, war CTV eine der Säulen der Demokratie des Landes und eng mit der sozialdemokratischen Partei Acción Democrática verbunden, die über Jahrzehnte die politische Entwicklung Venezuelas mitbestimmte, inzwischen aber ihre Bedeutung weitgehend verloren hat. Am Ende der 1970er Jahre, auf dem Höhepunkt seiner Macht, gehörten 40 Prozent der gegen Entgelt Beschäftigten dem CTV an. Gewerkschaften gab es jedoch fast nur in größeren Betrieben mit über 100 Beschäftigten. In den 1990er Jahren wurden immerhin 17 kollektive Tarifverträge abgeschlossen – heute gibt es keinen einzigen mehr. Nach der Wahl von Hugo Chávez gehörte der CTV zu den Hauptgegnern des Regimes und war 2002, zusammen mit dem Arbeitgeberverband FEDECAMERAS, treibende Kraft eines nur knapp gescheiterten Umsturzversuches. Von da an setzte eine starke Verfolgung ein: Seine Mitglieder wurden inhaftiert, die Gebäude enteignet. Davon hat sich der CTV nie wieder erholt. Nach den Vorstellungen des Chavismus braucht es keine Gewerkschaften; Arbeiter_innen sollen in Form von Ratsmitgliedern in den Betrieben die »Transmissionsriemen der Revolution« darstellen. Ab 2003 war es Strategie der Regierung, zumindest unter öffentlich Beschäftigten, parallele Gewerkschaften zu gründen, und nur diese wurden an Tarifverhandlungen beteiligt. Dem CTV gehören deshalb heute überwiegend nur noch sehr betagte Beschäftigte oder Rentner_innen an. Auf Bundesebene überwarf sich der erste unter Chávez gegründete Gewerkschaftsverband mit dem CTV, sein Nachfolger ist der 2011 begründete Verband Central Bolivariana Socialista de Trabajadores (CBST). Seine Mitglieder sind überwiegend Beschäftigte des öffentlichen Sektors und der Erdölindustrie.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Einer FES-Studie vom August 2019 zufolge¹ sind ein Großteil der heutigen Gewerkschaften in Venezuela Neugründungen der chavistischen Zeit (53 Prozent wurden nach 1999

¹ <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/caracas/16669.pdf>. Allerdings hat die Studie nur eine beschränkte Aussagekraft, da die Krise und die politische Situation in Venezuela die Durchführung behinderten; so war es beispielsweise nicht möglich, mit allen Regionen des Landes in Kontakt zu kommen.

gegründet). Die Bemühungen der Regierung, die traditionelle Gewerkschaftsführung zu entmachten, waren erfolgreich. Aktuelle Auseinandersetzungen werden nicht über diese Gewerkschaften kanalisiert, sondern über offene Proteste. Der Studie zufolge sind die Gewerkschaftsführer_innen eher jünger – 70 Prozent der Interviewten waren unter 55 Jahre alt. Frauen sind in der Minderheit, ihr Anteil liegt bei 21,4 Prozent. Nachdem Frauen in Venezuela in der Pandemie noch mehr als die Männer von Arbeitslosigkeit betroffen waren oder in informelle Arbeitsverhältnisse abgerutscht sind, dürfte ihr Anteil in den Gewerkschaften weiter gesunken sein.

Die internationale Gewerkschaftskooperation unterliegt seit Ende 2010 starker Beobachtung durch staatliche Stellen und ist durch diverse Gesetze und Verordnungen eingeschränkt. Die Dachverbände Alianza Sindical Independiente (ASI) und der CTV sind formale Mitglieder des amerikanischen Gewerkschaftsverbandes CSA, der insbesondere die Arbeit von ASI unterstützt. In venezolanischen Gewerkschaftskreisen wird kritisiert, dass es in der Vergangenheit seitens des CSA keine eindeutigen Stellungnahmen zur Einschränkung gewerkschaftlicher Rechte, zur Verfolgung kritischer Gewerkschafter_innen oder zur politischen Gängelung in Staatsbetrieben in Venezuela gegeben habe.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Auch aufgrund seiner historischen Bindung zur Partei Acción Democrática wird die CTV bis heute von Seiten der Regierung als Teil der politischen Opposition bekämpft. Auch der Dachverband Unión Nacional de los Trabajadores (UNETE), der zunächst regimetreu begann, war im Zuge der Auseinandersetzungen um die Reformen des Arbeitsgesetzes auf

einen radikalen Antiregierungskurs eingeschwenkt. Neben dem chavistischen Verband CBST ist einzig der im Dezember 2015 gegründete neue Dachverband Alianza Sindical Independiente (ASI) von der Regierung anerkannt. Dort sind auch Gewerkschaftsverbände vertreten, die zuvor im CTV organisiert waren.

Verlässliche Zahlen über den gewerkschaftlichen Organisationsgrad sind in Venezuela, wie viele Sozialdaten, nur sehr schwer zu erhalten. Die Daten, die von der Regierung gesammelt werden, werden meist nicht veröffentlicht. Nach 2.049 Gewerkschaften im Jahr 2001 wurden in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts über 8.000 anerkannte Gewerkschaften gezählt. Von diesem Zuwachs lässt sich jedoch keine Stärkung der Gewerkschaftsbewegung ablesen, er zeigt vielmehr ihre Zersplitterung; der Organisationsgrad der Beschäftigten kann auf unter zehn Prozent geschätzt werden. Gemäß den letzten verfügbaren offiziellen Angaben des Arbeitsministeriums aus dem Jahr 2007 waren damals nur ca. eine von zwölf Million Arbeitnehmer_innen in Tarifverträge eingebunden. Nachdem unter dem Chavismus sich die Zahl der öffentlich Beschäftigten stark erhöhte, konzentrieren sich in diesem Sektor auch die meisten Gewerkschaften. 2001 waren 80 Prozent der öffentlich Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert, vor allem in der Erdölindustrie, im Gesundheits- und im Bildungsbereich. Inzwischen ist die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Sektor wieder zurückgegangen. In der Privatwirtschaft arbeiteten 2021 20 Prozent der arbeitenden Bevölkerung. Die produktive Industrie ist als Wirtschaftszweig in Venezuela weitgehend verschwunden. In der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts haben nahezu alle transnationalen Unternehmen in Venezuela ihre Produktion eingestellt.

Die venezolanische Verfassung von 1999 und das 2012 in Kraft getretene Gesetz zu den Arbeitsbeziehungen garan-

Tabelle 1

Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Venezuela

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Confederación de Trabajadores de Venezuela (CTV) (Arbeiterbund Venezuelas)	José Elías Torres	Ursprünglich 23 regionale und 27 nationale Berufsverbände, Schwerpunkt öffentlicher Dienst; keine Wahlen in den letzten Jahren, keine zuverlässigen Mitgliederzahlen	IGB, CSA
Alianza Sindical Independiente (ASI) (Unabhängige Gewerkschaftsallianz)	Marcela León	4 nationale Verbände, 3 nationale Gewerkschaften, 205 Betriebsgewerkschaften (einige der Mitgliedsgewerkschaften formell noch Mitglieder im CTV); keine Wahlen in den letzten Jahren, keine zuverlässigen Mitgliederzahlen	IGB, CSA
Unión Nacional de Trabajadores (UNETE) (Nationale Arbeitervereinigung)	Servando Carbone, Marcela Maspero	keine Wahlen in den letzten Jahren, keine zuverlässigen Mitgliederzahlen	–
Central Bolivariana Socialista de Trabajadores (CBST) (Bolivarisch-Sozialistische Arbeiterzentrale)	Wills Rangel	Schwerpunkt öffentlicher Dienst und Erdölindustrie, keine Wahlen in den letzten Jahren, keine zuverlässigen Mitgliederzahlen	–

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften in Venezuela

Branchenverband/ Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Federación Unitaria de Trabajadores de Petróleos de Venezuela (FUTPV) (Einheitsverband der Erdölarbeiter Venezuelas)	CTV	Wills Rangel	keine Wahlen in den letzten Jahren, keine zuverlässigen Mitgliederzahlen	–
Sindicato Único Nacional de Empleados Públicos del Sector Salud (SUNEP-SAS) (Nationale Einheitsgewerkschaft der Öffentlichen Angestellten des Gesundheitswesens)	CTV	Zenaida Figuera	keine Wahlen in den letzten Jahren, keine zuverlässigen Mitgliederzahlen	Public Service International (PSI)
Federación Venezolana de Maestros (Venezolanischer Lehrerverband)	CTV	Carmen Teresa Márquez	keine Wahlen in den letzten Jahren, keine zuverlässigen Mitgliederzahlen, 27 Mitglieds-gewerkschaftern	Internacional de la educación de América Latina (IEA)
Sindicato Nacional de Trabajadores de la Prensa (SNTP) (Nationale Gewerkschaft der Pressearbeiter)	–	Marcos Ruiz	keine Wahlen in den letzten Jahren, keine zuverlässigen Mitgliederzahlen	International Federation of Journalists (IFJ)
Federación de Asociaciones de Profesores Universitarios (FAPUV) (Verband der Universitären Lehrkräftevereinigungen)	–	José Gregorio Afonso	keine Wahlen in den letzten Jahren, keine zuverlässigen Mitgliederzahlen	–

tieren neben zahlreichen Arbeitnehmer_innenrechten auch die Vereinigungsfreiheit und das Streikrecht. Der vorherrschende Gewerkschaftstyp sind Betriebsgewerkschaften. Sie finanzieren sich durch die Beiträge ihrer Mitglieder und durch Zuschüsse der jeweiligen Betriebe auf der Basis von Tarifvereinbarungen. In der Praxis sind die Mitgliedsbeiträge aber sehr gering, werden kaum gezahlt bzw. vom Arbeitsministerium, das die Beiträge direkt vom Lohn einzieht, nicht an die Gewerkschaften weitergereicht. In einem Betrieb können pro Arbeitsbereich eine oder auch mehrere Gewerkschaften existieren; so beispielsweise in einem Krankenhaus Gewerkschaften der Ärzt_innen, Gewerkschaften des Pflegepersonals und Gewerkschaften der restlichen Arbeitsbereiche. Im staatlichen Erdölunternehmen PDVSA gibt es je nach Standort unterschiedlicher Gewerkschaften, desgleichen im privaten Lebensmittelkonzern Polar, der mehr als 30 Gewerkschaften und mehrere Tarifvereinbarungen mit unterschiedlichen Verabredungen für die gleiche Kategorie von Beschäftigten kennt.

In der Theorie kann man in Venezuela Gewerkschaften gründen; das ist aber administrativ hoch kompliziert und politisch nicht gewollt. Gewerkschafter_innen, die öffentlich protestieren oder zu Protesten aufrufen, müssen mit Inhaftierung rechnen. Artikel 97 der Verfassung garantiert zwar das Streikrecht, es wird aber nicht gestreikt. Wahlen der Gremien müssen mit der staatlichen Nationalen Wahl-

kommission organisiert und durchgeführt werden. Viele Gewerkschaften und Verbände wie der CTV sehen das – zu Recht – als Eingriff in die Gewerkschaftsfreiheit und haben deshalb keine Wahlen mehr durchgeführt. Diese sind aber die Voraussetzung für Tarifverhandlungen mit der Arbeitgeberseite. Gleichzeitig ergibt sich dadurch auch ein Legitimationsproblem der noch bestehenden Mandatsträgerinnen.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Die wenigen Tarifverhandlungen, die es gibt, finden auf Betriebsebene statt. Von der Erdölindustrie einmal abgesehen sind Gewerkschaften dort wenig, bis gar nicht erfolgreich. Sie sind den Arbeitgeber_innen hoffnungslos unterlegen und ausgeliefert. Es gibt auch keine spezielle gewerkschaftliche Interessenvertretung von prekär oder informell Beschäftigten, Frauen oder jungen Menschen.

Im Zusammenhang mit den anhängigen Beschwerden bei der IAO, halten Gewerkschaften Beschwerden und neue Fälle nach – unter anderem mit Unterstützung der FES. Dabei sind sie sich grundsätzlich mit den nationalen Arbeitgeberverbänden einig, wie das Abstimmungsverhalten bei der Generalversammlung im März 2025 zeigt. Es gibt kaum sol-

che Foren, auf denen Vertreter_innen der Zivilgesellschaft unter Beobachtung und mit Unterstützung von Akteuren der internationalen Gemeinschaft Themen von dieser Bedeutung mit der venezolanischen Regierung diskutieren können.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR POLITISCHES GEWICHT

Als politische Akteure haben die Gewerkschaften 2025 kein Gewicht mehr. Punktuell kann politisches Gewicht erlangt werden, wenn die Mobilisierung massiv ist. Allerdings sind informelle zivilgesellschaftliche Gruppen und ad-hoc Aktionen derzeit politisch erfolgreicher als die Gewerkschaften und ihre etablierten, strukturell-verankerten Verfahren. Deshalb ist es wichtig, die bestehenden gewerkschaftlichen Strukturen zu stärken und daran zu arbeiten, dass es in Zukunft geordnete tripartite Verhandlungen gibt. So schwierig die Situation sein mag, so ist der tripartite Dialog derzeit der vielversprechendste Ansatz, um strukturell Arbeitnehmer_innenrechte zu verbessern: Hier gibt es internationalen Druck und mit den Arbeitgeber_innen einen strategischen Verbündeten, auf den die Regierung nicht verzichten kann, um die wirtschaftliche Lage nicht weiter zu verschlimmern.

Inmitten der Pandemie hatten die Gewerkschaftsverbände CTV, ASI, und UNETE zusammen mit anderen Gewerkschaften und dem Arbeitgeberverband FEDECAMERAS im Mai 2020 ein »Manifesto Bipartito« verabschiedet. Darin forderten sie u. a. die Umsetzung der Empfehlungen der Untersuchungskommission der ILO. ASI und FEDECAMERAS führten danach einen Dialog über Themen wie menschenwürdige Arbeitsbedingungen, gute Arbeit, auskömmliche Löhne, die Einhaltung der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und der zivilen und politischen Menschenrechte in Venezuela und die Wiederaufnahme des sozialen Dialogs.² Die kleine Gewerkschaft des Krankenhauspersonals in Caracas, Monitor Salud, hat in der Covid-19-Pandemie immer wieder auf die schwierige Lage ihrer Mitglieder aufmerksam gemacht und versucht, auch jüngere Menschen für die Gewerkschaftsarbeit zu gewinnen.

Die Dachverbände CTV und ASI haben wie der Arbeitgeberverband FEDECAMERAS im Foro Cívico mitgearbeitet, einem Zusammenschluss der Zivilgesellschaft, der versucht, abweichend von der Linie der großen Oppositionsparteien, Dialogmöglichkeiten mit der Regierung auszuloten. Nach den Präsidentschaftswahlen 2024 ist es still um das Foro geworden, aber die Erfahrung zeigt, wie Gewerkschaften, Arbeitgeber-Vertreter und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten können. Venezuelas bedeutendste Menschenrechtsorganisation Programa Venezolano de Educación-Acción en Derechos Humanos (PROVEA) berücksichtigt in besonderer Weise die Lage der venezolanischen Gewerkschaften und die Rechte verfolgter Gewerkschafter_innen. Auf der Demonstration zum 8.

März marschierten Gewerkschafterinnen besonders aus dem Gesundheitsbereich als eigener Block neben anderen feministischen Gruppierungen. Angesichts der organisatorischen Schwäche und des repressiven Umfelds ist die Vernetzung mit anderen Akteuren der einzige Weg, um weiter relevant zu bleiben und möglicherweise auch eine Chance, sich in Bezug auf Themen, Allianzen und Strategien weiter zu entwickeln.

Anja Dargatz, Leiterin des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Venezuela

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Lateinamerika und Karibik | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Ulrich Storck, Referent für Brasilien, Uruguay,
Gewerkschaften und Handel
ulrich.storck@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

² <https://www.fedecamaras.org.ve/wp-content/uploads/2020/07/MANIFIESTO-BIPARTITO-29.05.2020-VFP.pdf>